

## Zitat des Tages

Feigheit schafft keinen Frieden.

Omid Nouripour, Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, in einem am Sonnabend veröffentlichten Interview mit dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland* über Vorstöße der Regierungschefs von Thüringen, Sachsen und Brandenburg zu Vermittlungen mit Russland im Ukraine-Krieg

## Faerer will Umgang mit Messern einschränken

**Berlin.** Bundesinnenministerin Nancy Faerer (SPD) hat angekündigt, das Waffenrecht zu verschärfen. Die Bundesregierung werde »den Umgang mit Messern im öffentlichen Raum weiter einschränken«, sagte sie gegenüber *Bild am Sonntag*. In der Öffentlichkeit sollen Messer demnach nur noch bis zu einer Klinglänge von sechs statt bisher zwölf Zentimetern mitgeführt werden dürfen. Für Springmesser sei ein Umgangsverbot geplant. Die Kommunen rief Faerer auf, mehr Verbotszonen zu deklarieren. (dpa/iW)

## BSW: Nein zu US-Raketen Bedingung für Koalition

**Wittenberge.** Die Gründerin und Parteivorsitzende des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) hat die Ablehnung der NATO-Pläne zur Stationierung von US-Raketen in der BRD zur Bedingung für mögliche Regierungsbeteiligungen gemacht. »Diese Waffen schließen keine Verteidigungslücke, sondern sind Angriffswaffen, die Deutschland zu einem primären Ziel russischer Atomraketen machen würden«, sagte Wagenknecht dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland* laut Bericht vom Sonnabend. Das BSW werde sich nur an einer Landesregierung beteiligen, die »klar Position für Diplomatie und gegen Kriegsvorbereitungen bezieht«. (iW)

## Thüringen-Linke fordert nach Razzia Erklärung

**Erfurt.** Die Spitze des Linke-Landesverbandes in Thüringen hat den Landtagsabgeordneten, gegen den wegen Besitzes dokumentierter sexualisierter Gewalt an Minderjährigen ermittelt wird, vor die Wahl gestellt: Der Betroffene solle sich öffentlich dazu äußern oder seinen vollständigen Rücktritt erklären. Das teilten die Landesvorsitzenden Ulrike Grosse-Röthig und Christian Schaff sowie Spitzenkandidat Bodo Ramelow und der Fraktionsvorsitzende Steffen Dittes am Sonnabend mit. Sollte sich der Abgeordnete als Beschuldigter nicht äußern, müsse er auf ein mögliches Zweitmandat verzichten. Zuvor hatte die Abgeordnete Kati Engel am Sonnabend ihren Parteiaustritt erklärt, da die Landespartei am Freitagabend keinen Beschluss gefasst habe und die Partei durch den »aussichtreichen Listenplatz des Beschuldigten nicht wählbar« sei. (iW)

# Amtshilfe für Kiew

Bericht: Behörden in der BRD stellen Ukrainern im wehrfähigen Alter in der Regel keine Ersatzpapiere mehr aus. Rückkehr sei zumutbar. **Von Kristian Stemmler**

Deutsche Behörden scheinen es als ihre Aufgabe zu betrachten, der Ukraine neue Soldaten zuzuführen, die sie an der Front verheizen kann. Zumindest aber schert die Ämter wenig, was ukrainischen Männer im wehrfähigen Alter ohne gültigen Reisepass droht. Diese bekommen in der Regel keine Ersatzreiseausweise in der BRD ausgestellt. Das hat eine Umfrage des *Evangelischen Pressedienstes (epd)* unter den zuständigen Ministerien ergeben, wie die *epd* am Sonnabend berichtete. Vertreter der Bundesländer erklärten demnach, dass es wehrpflichtigen Männern zumutbar sei, zur Passbeschaffung in die Ukraine zu reisen und der Wehrpflicht nachzukommen.

So hieß es aus dem hessischen Innenministerium, die Ausländerbehörden würden konsequent Bundesrecht anwenden, »indem sie ukrainischen Männern im wehrfähigen Alter grundsätzlich keine deutschen Ersatzreiseausweise ausstellen«. Die Passhöhe liege bei den Heimatstaaten. In Hessen liegt die Zahl der ukrainischen Männer im wehrfähigen Alter laut Auskunft des Ministeriums bei rund 20.000. Laut *epd* verwies der Großteil der Bundesländer auf geltendes Bundesrecht: Der Aufenthaltserlaubnis zufolge kann einem Ausländer, der über keinen gültigen Pass verfügt, nur dann ein Ersatzpapier ausgestellt werden, wenn er heimische Reisepapiere nicht auf zumutbare Weise erlangen kann. Die Erfüllung der Wehrpflicht gilt den Ausländerbehörden in der Regel als zumutbar.

Das Innenministerium in Sachsen-Anhalt erklärte gegenüber *epd*, »allein die Vermutung, dass der Antragsteller tatsächlich zum Wehrdienst einberufen wird«, reiche nicht aus, um eine Passbeschaffung im Heimatland als »unzumutbar« einzustufen. Über mögliche Ausnahmen wie die notwendige Behandlung einer Krankheit oder die Betreuung von engen Familienangehörigen in Deutschland entscheiden demnach die Ausländerbehörden im Ein-

zelfall. Die Berliner Senatsverwaltung für Inneres teilte mit, dass es zwischen ukrainischen Staatsangehörigen und anderen Staatsangehörigen »auch in der Frage der Wehrpflicht« nicht unterscheidet.

Weil Kiew die Soldaten ausgeben, beschloss das dortige Parlament Ende

Beifall für die Behörden kommt von SPD und CDU. So hatte der SPD-Verteidigungspolitiker Joe Weingarten gegenüber dem *Tagesspiegel* Anfang August das Vorgehen der hessischen Behörden begrüßt. Es könne nicht sein, »dass die einen Ukrainer in einem schweren Abwehrkampf den

frage Kiews wehrpflichtige Ukrainer zurückzuschicken.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist in der Ukraine für den Großteil der Bevölkerung ausgesetzt, nur Mitglieder bestimmter religiöser Gemeinschaften dürfen es wahrnehmen. Insgesamt leben nach Angaben des Bundesinnen-



Bürokratische Nötigung zum Kriegsdienst: Passpapiere wie diese gibt es vorerst nur noch in der Ukraine

April ein strenges Mobilmachungsgesetz. In einer damals im amtlichen Onlineportal der Regierung veröffentlichten Verordnung heißt es, der Versand von Pässen an diplomatische Vertretungen der Ukraine im Ausland werde »nicht mehr praktiziert«. Seitdem werden die Pässe ukrainischer Männer zwischen 18 und 60 Jahren in den Konsulaten ihres Landes nicht mehr verlängert. Dafür müssen die Betroffenen in die Heimat reisen, wo ihnen unter dem geltenden Kriegsrecht die sofortige Rekrutierung für den Fronteinsatz droht.

Kopf hinhalten und die anderen sich hier in Deutschland dieser Pflicht entziehen«, sagte Weingarten. Thorsten Frei (CDU), parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, erklärte gegenüber dem Blatt, wenn die Ukraine sich erfolgreich gegen Russland verteidigen wolle, »braucht sie diese Männer im wehrfähigen Alter«. Daher sei es konsequent, ihnen hierzulande keine Ersatzpässe auszustellen. CSU-Chef Markus Söder hatte im Juli offen erklärt, bei einer Regierungsbeteiligung im Bund auf An-

ministeriums derzeit 268.176 ukrainische Männer im wehrfähigen Alter in Deutschland. Seit einigen Monaten versucht die Ukraine, den Druck auf Männer im Wehralter zu erhöhen, die im Ausland leben und sie zur Rückkehr zu bewegen. Ohne gültigen Pass droht Ukrainern in der BRD laut Bundesregierung zwar vorerst keine Abschiebung. Allerdings werden offizielle Dokumente im Alltag benötigt, zum Beispiel bei der Geburt eines Kindes oder wenn man ein Konto eröffnen will.

■ Siehe Seite 8

# Faerer plant Angriff auf Anonymität

Ministerin will Einsatz von automatischer Gesichtserkennung erlauben. Kritik von Grünen und FDP

Das Nasertümpfen der Koalitionspartner dürfte die Bundesinnenministerin nicht davon abhalten, die Massenüberwachung in der BRD auszuweiten. Am Wochenende hat der Fraktionsvize von Bündnis 90/Die Grünen, Konstantin von Notz, Zweifel am Vorhaben geäußert, dem Bundesdeskskriminalamt und der Bundespolizei den Einsatz von Software zur Gesichtserkennung zu erlauben. Ein entsprechender Gesetzentwurf aus dem Hause von Nancy Faerer (SPD) sieht vor, dass die Ermittler beispielsweise im Internet veröffentlichte Videos mit Fotos auf Onlineplattformen abgleichen dürfen.

Von Notz, der auch dem Geheimdienstgremium des Bundestags vorsitzt, wies am Sonnabend gegenüber dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)* darauf hin, dass der Koalitionsvertrag der Ampelparteien SPD, FDP und Grüne »aus gutem Grund eine klare Abgabe an die biometrische Erfassung zu Überwachungszwecken im öffentlichen Raum enthält«. »Das Recht auf Anonymität sowohl im öffentlichen Raum

als auch im Internet ist zu gewährleisten«, heißt es dazu in dem Papier vom März 2021. Doch die staatliche »Terrorbekämpfung« macht dieses Versprechen zur Makulatur.

»Auch wer freiwillig die Öffentlichkeit eines sozialen Netzwerks sucht, gibt dadurch nicht seine verfassungsrechtlich garantierten Rechte auf«, erinnerte der Jurist von Notz gegenüber dem *RND*. Der Grünen-Obmann im Innenausschuss des Bundestags, Marcel Emmerich, versprach verhindern zu wollen, »dass hochsensible Daten unschuldiger Personen durch KI-Systeme massenhaft – oft durch intransparente Algorithmen – flächendeckend erfasst und ausgewertet werden«. Das Ministerium versuchte Kritiker damit zu beruhigen, dass die anstehende Gesetzesänderung Gesichtserkennung in Echtzeit ausdrücklich nicht beinhalte.

Der digitalpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Maximilian Funke-Kaiser, verriet der Nachrichtenagentur *AFP* am Sonntag, dass Faerers Gesetzentwurf innerhalb der Bundesre-

gierung nicht abgestimmt sei. Es bleibe unklar, wie diese Pläne »mit den klaren Vorgaben des Koalitionsvertrags« vereinbar seien. Markus Beckedahl, Gründer des Fachportals *netpolitik.org*, ging gegenüber dem *RND* davon aus, dass »das Vorhaben nicht verfassungskonform ist«.

Die Behörden würden »zeitgemäße Befugnisse« benötigen, um Tatverdächtige und sogenannte Gefährder – also Unschuldige, denen der Staat schwere Straftaten zutraut – »insbesondere im Bereich von Terrorismus und schwerer und organisierter Kriminalität schnell und effektiv identifizieren und lokalisieren zu können«, zitierte die Nachrichtenagentur *AFP* am Freitag eine Sprecherin des Innenministeriums. Als Beispiel für den geplanten »biometrischen Internetabgleich von Bilddaten zu einer automatisierten Datenanalyse polizeilicher Daten« nannte die Sprecherin Material etwa aus »Hinrichtungs- oder Foltervideos«. Hier könne auch Gesichtserkennungssoftware »dazu beitragen, eine Person

zu identifizieren und zu lokalisieren«.

Über die angekündigten neuen Befugnisse, mit denen die Erwartung an mehr Finanzmittel, Personal und technische Ausstattung verbunden sein dürfte, zeigte sich der Berufsverband Bund Deutscher Kriminalbeamter erfreut. »Wir stehen voll hinter dem Vorschlag«, sagte der Vorsitzende Dirk Peglow dem *RND* (Sonntagsausgaben). Peglow gab sich zugleich demonstrativ neidisch gegenüber »investigativen Recherchenetzwerken«. Damit spielte der Polizeilobbyist darauf an, dass lange vor der Festnahme der angeblichen »RAF-Terroristin« Daniela Klette in diesem Jahr ein kanadischer Journalist mit Software zur Gesichtserkennung im Internet ältere mutmaßliche Fotos von Klette und ihren Tanzgruppen in Berlin gefunden haben will.

Welche Software die Behörden gegebenenfalls einsetzen wollen, bleibt abzuwarten. In der Regel können sich beispielsweise geheimdienstnahe US-Firmen auf entsprechende Staatsaufträge freuen. **Mark Benfroth**